

Stellungnahme zur geplanten Erhöhung der Kostenbeiträge der Gemeindeelternvertreter

Die geplante Erhöhung der Kostenbeiträge muss nicht nur unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen Haushaltskonsolidierung betrachtet werden, sondern vor allem hinsichtlich ihrer mittel- und langfristigen Auswirkungen auf Familien, Einrichtungen und die kommunale Infrastruktur, und wird daher als **sehr kritisch gesehen**.

Eine Erhöhung der Elternbeiträge kann eine Kettenreaktion auslösen, die die Situation der Einrichtungen weiter verschlechtert:

Steigende Gebühren führen erfahrungsgemäß dazu, dass Eltern ihre Betreuungsstunden reduzieren um Kosten zu sparen. Sinkt die gebuchte Betreuungszeit, reduziert sich in der Folge auch der notwendige Personalschlüssel. Weniger Personal wiederum führt zu geringeren Platzkapazitäten. Dadurch können weniger Kinder betreut werden, was die Auslastung und damit die wirtschaftliche Perspektive der Einrichtungen weiter verschlechtert. Am Ende entsteht eine Negativspirale, die weder dem Träger noch den Familien hilft.

Darüber hinaus wirft eine Gebührenerhöhung mehrere grundsätzliche Fragen auf.

Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe?

Höhere Beiträge treffen insbesondere Familien mit geringem- und mittlerem Einkommen. Wenn Betreuungskosten steigen, besteht die Gefahr einer sozialen Selektion: Kinder aus ohnehin belasteten Haushalten nehmen seltener oder später an frühkindlicher Bildung teil. Dies steht im Widerspruch zu politischen Zielen wie Familienfreundlichkeit, sozialer Integration und Chancengleichheit.

Frühkindliche Bildung als gesellschaftlicher Auftrag?

Kindertageseinrichtungen erfüllen nicht nur eine Betreuungs-, sondern auch eine zentrale Bildungs- und Förderfunktion. Finanzielle Barrieren können dazu führen, dass Kinder später oder gar nicht in das System eintreten- mit langfristig steigenden Kosten für die Gesellschaft.

Wirtschaftliche Belastung der Familien?

Viele Familien stehen derzeit bereits unter erheblichem finanziellem Druck durch steigende Mieten, Lebenshaltungskosten und Energiepreise. Zusätzliche Gebühren können die wirtschaftliche Situation weiter verschärfen und wirken der Zielsetzung entgegen, Familien langfristig an den Standort zu binden.

Auswirkung auf Arbeitsmarkt und Fachkräfte?

Höhere Betreuungskosten können dazu führen, dass Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren oder ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dies verschärft den Fachkräftemangel

und reduziert zugleich potentielle Steuereinnahmen. Gute und bezahlbare Kinderbetreuung ist der zentrale Baustein für Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vergleich mit umliegenden Kommunen

Hinzu kommt, dass nach aktuellem Stand keine der umliegenden Kommunen eine vergleichbare Erhöhung plant. Die geplante Erhöhung würde unsere Kommune im regionalen Vergleich deutlich teurer machen. Dies wird zu Unzufriedenheit bei Familien führen und mittelfristig auch die Attraktivität des Standortes schwächen.

Belastung des Trägers bleibt bestehen

Höhere Elternbeiträge lösen die strukturellen Herausforderungen der Kindertagesbetreuung nicht. Themen wie Fachkräftemangel, Steigende Betriebskosten oder Investitionsbedarfe bleiben bestehen und benötigen langfristige, verlässliche öffentliche Finanzierungen.

Die Gemeindeelternvertretung lehnt die geplante Gebührenerhöhung entschieden ab.

Die vorgesehene automatische jährliche Steigerung von 3% würde den Träger von jeglicher Rechenschaft gegenüber dem Stadtrat, GEV und Eltern entbinden. Selbst bei Kosteneinsparungen durch Kita- Schließungen oder Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen könnte der Träger die Gebühren ohne erneute Prüfung eigenständig anpassen. Aus Sicht der GEV ist dies ein Tabubruch, der die Mitbestimmung der Eltern untergräbt und nicht akzeptiert werden kann.

Daher fordern wir als GEV : Eine Zustimmung zu dieser Erhöhung darf unter keinen Umständen erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Gremium der Gemeindeelternvertreter

i.A. Luisa Barska

Kehnert, 10.03.2026